

wirkt, ihre Beziehungen zu den Teilnehmerstaaten anderer Gesellschaftsordnung in Europa auf der Grundlage der Prinzipien der Schlußakte zu entwickeln. Sie wird dies auch künftig tun. Die dabei erreichten Ergebnisse, insbesondere die Intensivierung des Ost-West-Dialoges und der Ausbau des europäischen Vertragsgeflechtes durch den Abschluß von nahezu 230 Abkommen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und westlichen Teilnehmerstaaten der KSZE, erweisen sich als friedensfördernd. In diesem und im Interesse der Entspannung hat die Deutsche Demokratische Republik - nicht zuletzt in den Bereichen der Kontakte, der Informationen, der Kultur und Bildung - Leistungen erbracht, die weit über das in Helsinki Vereinbarte hinausgehen. Sie haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, ein materielles Fundament der friedlichen Koexistenz in Europa zu schaffen.

Die Verwirklichung der Schlußakte kann jedoch keine Einbahnstraße sein. Als sorgsamer, mit großem Aufwand erarbeiteter Interessenausgleich ist die Schlußakte von allen Unterzeichnerstaaten gleichermaßen in allen ihren Teilen zu erfüllen.

Der Prozeß der KSZE ist hervorragend geeignet, bei der Wiederherstellung einer Atmosphäre des internationalen Vertrauens, der Festigung der Sicherheit und Weiterführung der Entspannung eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Deutsche Demokratische Republik tritt deshalb dafür ein, nun erst recht im Sinne der Prinzipien von Helsinki den Dialog mit allen Kräften der Vernunft fortzusetzen und jede Möglichkeit zur Einstellung des Wettrüstens, zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu nutzen. Die in der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, der Moskauer Erklärung der höchsten Repräsentanten sozialistischer Länder und im Kommuniqué' der Budapester Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages enthaltenen Vorschläge weisen den Weg zu akzeptablen, die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigenden Lösungen, weil sie auf dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit beruhen.

Die Deutsche Demokratische Republik wirkt auf der Stockholmer Konferenz für Ergebnisse, die die militärische Konfrontation in Europa verringern und die Beziehungen zwischen den Staaten politisch wieder berechenbar machen. Sie tritt für die Vereinbarung solcher Maßnahmen ein, die zur Verbesserung der Lage und zur Stärkung des Vertrauens beitragen, wie ein völkerrechtlich verbindlicher Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen durch alle kernwaffenbesitzenden Staaten und ein Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Der vor wenigen Tagen von den Staaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedstaaten der NATO gerichtete Appell, zur weiteren Erörterung des